Ein neuer Pontifikat

Wenn dieses Heft seine Leser erreicht, dürfte bereits feststehen, wem das Kollegium der Kardinäle nach dem Tod Papst Pauls VI. das höchste Leitungsamt in der Kirche übertragen hat. Wer es auch sein mag und wie immer er sich in seiner bisherigen Tätigkeit profilierte, jeder Pontifikatswechsel bedeutet einen Neubeginn. Zwar verkündet kein Papst zu Anfang seiner Amtszeit ein Programm, das sich von dem seines Vorgängers dezidiert abhöbe und ausdrücklich einen Kurswechsel proklamierte. Alle legen Wert darauf, die Kontinuität zu wahren, und im historischen Rückblick tritt diese Stetigkeit im allgemeinen auch weit stärker hervor als die Verschiedenheit. Dennoch wird jedesmal eine Zäsur sichtbar. Die Persönlichkeitsstruktur des Gewählten, seine bisherigen Erfahrungen, nicht zuletzt die Ewartungen seiner Wähler spielen keine geringe Rolle für seine Amtsführung.

In den großen Fragen, denen die Kirche heute gegenübersteht, waren für Papst Paul VI. die Beschlüsse und Orientierungen des Zweiten Vatikanischen Konzils Grundlage seines Kurses. Er versuchte die Kirche vorsichtig, aber mit Entschiedenheit in die Auseinandersetzung mit den Problemen der Zeit zu führen. Der Widerspruch ist nicht ausgeblieben. Sowohl von "links" wie von "rechts", von "Progressiven" wie von "Konservativen" wurde Paul VI. gedrängt, seinen Kurs in der einen oder anderen Richtung zu verändern. Es ist ihm gelungen, diesem Druck auf weite Strecken hin zu widerstehen und die Entscheidungen so zu fällen, wie er sie in seinem Gewissen für richtig hielt. Dieselben Fragen stellen sich dem neuen Papst. Auch er wird sich den widersprüchlichsten Forderungen gegenübersehen, und die Bedeutung seines Pontifikats für die Geschichte der Kirche wird vor allem davon abhängen, welche Position er bezieht.

Nur zwei Problemfelder seien beispielhaft genannt: die Spannung zwischen Einheit und Vielfalt und die Stellung der Kirche in der modernen Welt. Obwohl man ständig von der Notwendigkeit des Zusammenwachsens der Welt spricht und obwohl die gegenseitige Abhängigkeit aller zunimmt, läßt sich überall eine stärkere Ausprägung der nationalen Besonderheiten und damit auch der Besonderheiten der nationalen "Katholizismen" beobachten. Das Konzil versuchte, durch die Aufwertung der Bischofskonferenzen den "Ortskirchen" ein größeres Gewicht zu verschaffen und durch eine Verlagerung der Entscheidungskompetenzen einen Dezentralisierungsprozeß einzuleiten. In den letzten Jahren mehrten sich die Zeichen, daß die römische Kurie wieder auf intensivere zentrale Lenkung drängt. Gewiß ist gerade in der heutigen Kirche mit ihrer

41 Stimmen 196, 9 577

spannungsreichen Vielfalt ein starkes Zentrum notwendig. Aber es ist ein großer Unterschied, ob dieses Zentrum eine Institution ist, die Initiativen und Impulse von unten begrüßt und ihre Aufgabe vorrangig in der koordinierenden Leitung sieht, oder eine Behörde, die alles in ihre Hand zu bekommen sucht und nur solche Initiativen duldet, die von ihr ausgehen, die also Einheit im Sinn von Vereinheitlichung und Uniformität versteht.

Das Verhältnis von Kirche und Welt ist ein Grundthema des christlichen Glaubens von Anfang an. Es erhielt eine ganz neue Dimension, als sich die europäische Welt im Lauf eines umfassenden Säkularisierungsprozesses von Kirche und Christentum löste. Bis in unser Jahrhundert hinein hat die Kirche in diesen Bewegungen primär die kirchenfeindlichen Tendenzen gesehen und hat die Ideen der modernen Welt als Widerspruch zum christlichen Glauben abgelehnt. Das Zweite Vatikanische Konzil hat eine prinzipiell andere Haltung eingenommen. Das Stichwort seiner Grundentscheidung heißt Dialog, nicht Widerspruch. Die Auseinandersetzung darüber ist noch nicht beendet, wie neben zahlreichen anderen Erscheinungen die Bewegung um den früheren Erzbischof Lefebvre zeigt.

Dabei geht es nicht nur um die Frage, wie die Forderungen der Neuzeit nach Freiheit, Gleichheit oder Autonomie zu beurteilen sind, ob sie als Gefahren für das christliche Menschenbild bekämpft werden müssen, oder ob auch die Christen diese Ideen als Ausdruck und Schutz der Würde des Menschen verstehen können und sie sich daher zu eigen machen sollen. Es geht auch nicht nur um die Stellung der Kirche im heutigen Staat und um die Frage, wie sie mit den jeweiligen Regierungen einen Modus vivendi findet. Im letzten geht es um das Verständnis der christlichen Glaubensverkündigung überhaupt. Ist die Offenbarung eine Größe, die ein für allemal bis in die Formulierungen hinein festgelegt ist, oder muß sich die Kirche in Auseinandersetzungen mit den geistigen Bewegungen der Zeit stets neu darum mühen, den Glauben so zu formulieren, daß ihn die Menschen als einen Anruf vernehmen können, der sich an sie selbst und nicht an Menschen vergangener Zeiten richtet? Muß man jeden Versuch einer Neuinterpretation des Glaubens oder einer Überprüfung von Traditionen grundsätzlich skeptisch betrachten, oder ist - bei aller kritischen Wachsamkeit -Offenheit und Gesprächsbereitschaft die angemessene Haltung?

Mit diesen Problemen hat sich auch der neue Papst ständig zu befassen. Es wird ihm nicht an Ratschlägen fehlen, wie er sich verhalten soll. Aber im letzten steht er mit der Last der Verantwortung allein, und es ist seine Gewissensentscheidung, welchen Weg er jeweils wählt.

Wolfgang Seibel SJ